

Streiklawine im Wachsen!

Landarbeiter Pommerens im Streiklampf Erfolgreiche Kämpfe der Kartoffelbuddler

Stettin, den 22. Oktober.
Die Bewegung der Kartoffelbuddler gegen Vorkraub greift immer weiter um sich. Ständig werden neue Streiks gemeldet, die sich gegen die ungeschätzlich höchsten Löhne richten.
Auf dem Gute Kallin (Wormer) streikten 400 Kartoffelbuddler in den Streik. Nach wenigen Stunden Streik erhöhte der Junker den Vorkraub auf 5 Pf. und 1 Pfund Kartoffeln für die Riepe auf 6 Pf. und 3 Pfund Kartoffeln pro Riepe.
Auf dem Gute Schwanow (Kreis Kolberg) war es zunächst gelungen, Streikzucker für die Arbeit zu bekommen. Als aber auch diese Kolonne in den Streik einbezogen wurde, mußte der Junker nachgeben und es wurde eine Erhöhung des Vorkraublohnes von 6 auf 10 Pf. pro Riepe erreicht.
Auf dem Gute Sjewendol (Pommeren) traten 800 Kartoffelbuddler in den Streik. Nach einem Kampf von einem Tag wurde der Junker gezwungen, den bisherigen Preis von 8 Pf. pro Riepe auf 20 Pf. pro Riepe zu erhöhen und außerdem noch pro Riepe 1 Pfund Kartoffeln zu liefern.

1000 Jenerer Pflichtarbeiter im Streik (Via. Bericht.) Jena, 20. Oktober.

Über 1000 Pflichtarbeiter haben in Jena das Streikbanner entrollt gegen die am 23. Oktober herabgesetzten Unterhaltungs- und Pflichtarbeiterzuschläge, gegen die Forderung einer Mehrarbeit bei den herabgesetzten Pflichtarbeiterzuschlägen. 85 Prozent der Arbeiter haben unter Führung ihrer selbstgewählten Kampfleitung in den Streik. Die Streikleitung ist aus kommunistischen, freiergewerkschaftlichen, christlichen, parteilosen und NSD-Arbeitern zusammengesetzt. Der NSD-Kreisleiter in Jena war gezwungen, angesichts dieses unerwarteten Kampfbündnisses aller Arbeiter, dem Kampf die Unterstützung auszusagen. (1.) Gleichzeitig aber verließen die Gewerkschaftsführer dadurch die Führung des Streits in die

Hände zu bekommen, um so reich wie möglich den Kampf keine zu erlösen.
Die streikenden Pflichtarbeiter haben aber ihre Streikleitung beauftragt folgende Forderungen der Streikbewegung zu stellen: 1. Beilegung der am 22. Oktober verhängten Zwangsarbeit; 2. Beilegung der am 22. Oktober vorgenommenen Zwangsarbeit; 3. Beilegung der Zwangsarbeit; 4. Anerkennung der Pflichtarbeiterbetriebskommission; 5. Zwangsige Naturunterstützung (Kohle, Brot, Kartoffeln u. a.); 6. Schaffung von Wirtschaften. 7. Einsetzung der Pflichtarbeiter in den Produktionsprozess mit 40-Stundenwoche bei Tariflohn und vollem Lohnausgleich.

Hamburger Bauarbeiterkampf dehnt sich aus Hamburg, den 20. Oktober.

Die Streikfront der Bauarbeiter bei der Firma G. H. Schilling hat sich in einer Stärke von 45 Mann dem Streik angeschlossen. Damit werden die Bauten der Firma Ehlers in Hamburg ruhmlos betriebl. Der Bauarbeiterverband vertritt bereits Streikführer zu vermitteln. Als Antwort trafen 25 Arbeiter, die vorher im NSD angegeschlossen waren, zum Einheitsverband für das Baugewerbe über. Von den über 150 Streikenden sind jetzt insgesamt 121 im Einheitsverband für das Baugewerbe und 10 im NSD organisiert.

Chauffeurarbeiterstreik im Kreise Zellon Bertha, den 20. Oktober.

Die Belegschaft der Firma G. Strauß, die bei Chemnitz in den Bergbau des Straußhofes beschäftigt ist, hat sich dem Streik angeschlossen. Die Firma weigerte sich, Tariflohn zu zahlen. Der reformistische Verband hat selbstständig den Streik als „milde“ Streik erklärt und ist dabei, Streikführer zu vermitteln. Der Streik steht unter Führung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe.

Lügenheke gegen Kommunisten

Denunziation und Provokation bei der Verhaftung der kommunistischen Funktionäre in Bitterfeld

(Via. Meldung.) Bitterfeld, 20. Oktober.
In Bitterfeld bringt die gesamte bürgerliche Presse, selbstverständlich an der Spitze die sozialfaschistische Journalistik, im Rahmen der allgemeinen postfeindlichen Kampfkampagne „Einheiten“ über die Verhaftung der roten Betriebsräte den größten Lügenhaufen. Die gesamte bürgerliche Presse hat sich angeschlossen, um den geringsten Beweis für die Behauptungen erbringen. Trotz langjähriger Denunziationen ist bis heute bei den be-

hafteten Genossen noch nicht das geringste Beweismaterial gefunden worden.
Jetzt versucht die Polizei das Ergebnis der Hausdurchsuchung dem Arbeiter Kauer in Verbindung mit der „Kommunistischen Aktion“ zu bringen. Bei Kauer sollen Waffen und Munition, sowie andere Materialien, die ihm nicht gehören, gefunden worden sein.
Kauer ist, wie wir heute feststellen, entgegen anders lautenden Meldungen, niemals Mitglied der kommunistischen Partei gewesen.
Der Zweck der Verhaftungen der roten Betriebsräte ist für die Arbeiterkassen völlig klar. Die NSD-Arbeiter-Gewaltigen wollen die roten Betriebsräte den NSD-Partei übergeben, um sie als Material für die Arbeiter der NSD-Partei zu verwenden.

Polizeiwaffen in Händen von Nazis

Die „Vollst. Zeitsung“ vom 27. Oktober schreibt in einem Bericht über das Vorkommen einer bewaffneten nationalsozialistischen Kolonne am 27. Oktober in Berlin am Hochbahnhof Danziger Straße folgendes:
Die Polizei, welche die Streikenden trennte, konnte noch feststellen, daß zu den Nationalsozialisten auch zwei provokatorische Schützen, die, als die Beamten erwiderten, die Fäuste ergrieffen. Die Streikenden eilten in einer Menge den Fäustelnden nach. Einer der Nationalsozialisten gab auf die Mitrabriebe, in der die Belegschaft jagte, Schüsse ab, und es ist nur einem Zufall zu verdanken, daß die Beamten nicht getroffen wurden. Die beiden Schützen Borg und Krüger konnten nach längerer Jagd schließlich gestellt und verhaftet werden. Die Waffe, eine Dreinzieler-Pistole, wurde bei den Gefangenen, nicht ausfindig als polizeiliches M. W. g. g. und ist offenbar geflohen worden.
Diese Feststellungen zeigen heute, daß die Nazis bewaffnet sind und sogar in den Besitz von Polizeiwaffen gelangen können. Selbstverständlich ist, daß in Berlin eine große Polizeialaktion im Parteigebäude der Nazis folgten. Die Arbeiter müssen aber, daß die Nazis bewaffnet sind.

Die „Vollst. Zeitsung“ vom 27. Oktober

schreibt nun das „Bitterfelder Tageblatt“ zu dem, daß „Werksgenossen der Tüten und Spinnereien schon im Monat auf der Spur“ gewesen seien. Jedem Genossen, der sich in der Nähe der „Vollst. Zeitsung“ befindet, ist zu empfehlen, sich zu hüten, um nicht in die Hände der roten Betriebsräte zu fallen. Die im Betrieb befindlichen, die der Sozialfaschisten Sinner und seine Kumpane niemals gefunden hätten. Die roten Betriebsräte haben jede Möglichkeit ausgenutzt, um die Einheitsfront der Arbeiter im Betrieb zu zerlegen und diese Tätigkeit im Interesse der Arbeiter zu unterbinden werden, damit der Lohnraub reibungslos durchgeführt werden kann.
In den nächsten Wochen werden wir eine Fülle von weiteren Nachrichten erhalten, die alle darauf hinweisen, in revolutionäre Führung der Arbeiter zu befehlen. Aber auch in wird bei den Gerichten nichts ändern. Nur so ist es möglich, daß die Chemnarbeiter am die NSD und die roten Streikführer jagen!

Schluß mit der „Meuterer“-Aburteilung

Protestiert gegen die Terrorurteile auf Grund der mittelalterlichen Seemannsordnung

In Hohenau bei Kiel werden gegenmütig die Matrosen und Besatzung der baltischen Schiffe, die sich gegen den Vorkraub, den die Reederei diktiert, mit der Waffe des Streiks zur Wehr setzen, gegen „Meuterer“ von den Seegerichtshöfen aburteilt. Das Gerichtsverfahren gegen die Schiffbesatzungen führt sich auf die „Seemannsordnung“ des Kaiserlichen Deutschlands, die die Matrosen und Besatzung der Schiffe zu Sklaven des Reederei-Kapitals macht. Sie sind wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung ausgeliefert. Jeder Protest gegen solches Vorgehen, solchige Wehrverhältnisse, Meutereramt, wird verurteilt gegen die „Seemannsordnung“ und ist „Meuterer“.

nicht angemeldeten baltischen Seemannsordnungen“ angegeben. Unter Protest hinter Kleiderkabinen, in Silberbüchsen wurde das illegale Material geholt. Festgenommen wurden durchwegs legale Seemanns- und Zeitungsarbeiter, bei einem Jugendbündnis ein Hund „Jung Garbe“ sowie die illustrierte Geschichte der russischen Revolution.
Einem bei einer Genossin wohnenden bulgarischen Studenten wurde gleichzeitig mit der Hausdurchsuchung der Zeitungsbefehl überbracht. Der Ausgenommene ist ein einmaliges Mitglied der Partei. Lediglich die Teilnahme an den Verhandlungen der proletarischen Organisationen befehligt, genügt der Polizei zu ihrem Zweck. Auch hier verließen die Hausdurchsuchungen völlig ergebnislos.

Streik wird in Deutschland mit Gefängnis bestraft

Gefängnisstrafen für Streik, das ist der Wunsch und das Ziel aller Ausbeuter in Deutschland. Das „Vollst.“ und die gesamte sozialfaschistische Presse haben es ganz in der Ordnung, daß streikende Matrosen durch Schlichter gerichtet abgeurteilt werden. Sie hindert es in der Ordnung, wenn Arbeiter wegen Streikverbrechen zu Gefängnis verurteilt werden. Sie wird es in der Ordnung finden, wenn morgen durch Wehrloshaus Sondergerichte streikende Arbeiter ins Gefängnis und Zuchthaus geschickt werden.
Der Kampf der Seemanns- und Arbeiterbewegung und gegen die schändliche „Seemannsordnung“ ist der Kampf aller Arbeiter. Sowohl mit der Unterstützung streikender Matrosen und Besatzung, Heberau müssen die Arbeiter den schändlichen Protest dagegen erheben.

Auf dem Wege zur roten Einigkeit

(Via. Meldung.) Chemnitz, 27. Oktober.
Die getrigge Einheitsfrontaufgabe des Chemnitzer Seemannsbundes Jugendverbandes im „Vollst.“ schließt sich zu einem modernen Belegnis für den Kommunismus. Der große Sieg war wieder überfällig.
Mit stürmlichem Beifall wurde das nahezu dreifache Heft aufgenommen. Die sich anschließende rege Diskussion trat treffend den Willen der wertvollen Jugend zur Herstellung der roten Einigkeit zum Ausdruck. Es sprachen mehrere SAJ-Genossen, ein SAJ-Genosse, ein Hitler-Jugendkamerad und parteilose Arbeiter.
Gemaltige Begeisterung löste die Bekanntgabe aus, daß vier SAJ-Genossen, zwei Jugendkameraden, ein SAJ-Arbeiter und ein Nazi-Jugendarbeiter, die bisher parteilose junge Arbeiter in dieser Versammlung den Weg zur roten Einheitsfront gefunden haben.

Kapitalismus unerschrocken verknüpft. Solchsolche Herrschaftsmethoden zeigen nur, wie schwach die Bourgeoisie ist. Erst ist die Sozialdemokratie, nicht die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter. So wird es den konfessionellen englischen Lords das schon Angst um ihren Sieg. Diese Stimmung charakterisieren die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ getrennt folgendermaßen:
„Der Verzicht auf den Sozialismus ist den Konfessionellen geliebt, aber wird der Sieg auch für die Dauer liegen? Ist nicht die Verdrängung aus jeder Positionen der Verantwortung die beste Methode, um Arbeiter zu revolutionären Bestrebungen zu führen?“

Das ist dieselbe Frage, die auch für die deutsche Bourgeoisie die Sozialfrage sein wird. Ist die Sozialdemokratie zerronnen, dann wird sich die revolutionäre Einheitsfront zur entscheidenden Gefahr für den Kapitalismus ausbilden, denn keine Sozialdemokratie wird mehr mit ihrem Arbeiterbetriebe die Massen vom Kampfe ablenken können.

18 Prozent Lohnraub in der Papierindustrie

(Via. Meldung.) Ammerndorf, 20. Oktober.
Drei Schichtvermittlungen haben gefordert in der Ammerndorfer Papierfabrik. Der reformistische Betriebsrat mußte auf Drängen der Belegschaft die Bestimmungen durchsetzen. Er erklärte, daß die Gewerkschaften müßten, was sie diesmal zu tun hätten. Die Arbeitgeber hätten einen 12prozentigen Lohnabbau für den Monat November und einen noch mal 12prozentigen Lohnabbau für den Monat Dezember gebietet. Von den Gewerkschaften sei dies abgelehnt worden. Der Schlichter habe dann einen 7prozentigen Lohnabbau vorgeboten, den aber die Unternehmer ablehnten, weil er ihnen nicht genüge.
Die RSD ruft zu einer Verklammerung der Belegschaft für Sonntag, den 1. November, auf. Das Lokal wird im Betrieb bekanntgemacht.
Papierarbeiter, seid geschlossen und einig. Nur so könnt ihr neue Verordnungen verhindern!

Lohnraub wegen Hundsturg!

(Via. Meldung.) Merseburg, 20. Oktober.
In der Dittschinger Papierfabrik (Königsbrunn) wurde am getrigen Tage im Betriebe durch Ausschlag bekanntgemacht, daß ab 1. November der Lohn generell gesenkt werden müßte. Infolge des englischen Hundsturges sei die Verfertigung nicht mehr in der Lage, die bisherigen Löhne weiterzugeben. Es handelt sich um einen Lohnabbau von 7 bis 10 Prozent. Ganz kategorisch fordert der Ausschlag, was nicht gewillt ist, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten, bekommt seine Papiere angestrichelt.
Über den überaus frischen Wink der Belegschaft berichtet die große Zeitsung in der Belegschaft. Sie äußert sich auch gegen reformistische Betriebsräte, gegen die Nazis und Sozialdemokraten, weil diese eine pessimistische Stimmung machen, obwohl im Arbeiteramt eine einstimmige Entscheidung gegen die Lohnabbau gefasst wurde. Der Betriebsrat ruft zu einer Verklammerung der gesamten Belegschaft zu morgen Sonnabend, 14 Uhr, nach Arbeitslohn auf, wo neue Beschlüsse gefasst werden.

Dreizeh Heklingen entlarvt

Gelsenkirchen, 29. Oktober. (Via. Draht.)
Besamtlich wurde am Sonntag in Gelsenkirchen ein Vorkraubermittelmittel erloschen und daraufhin die Hausbesuche. Eine wahre Schlammflut von Lügen, die nur die bürgerliche Presse über die RSD aus. Die Gelsenkirchener Parteileitung der RSD stellte nun zu den Behauptungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse folgendes fest:
1. Von den im Zusammenhang mit dem Gelsenkirchener Verhafteten ist kein einziger Funktionär der Partei.
2. Der von der Polizei als Haupttäter bezeichnete Franz Kögler ist bereits am 10. Oktober aus der Partei ausgeschlossen worden.
3. Der von der Polizei verhaftete Franz Bergmann ist bereits seit einem Jahr nicht mehr Mitglied der RSD.
4. Der Genosse Kretzmer war in keine Weise an den Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt. Er konnte nur der Polizei einmündig sein Nicht nachweisen.
Die Parteileitung der RSD Gelsenkirchen hat festgestellt, daß sämtliche in Betracht kommenden Täter betrunken waren und daher die Tat nicht eine politische ist. Es wurde weiterhin festgestellt, daß sich die fraglichen Täter in einer Wirtschaft als betrunken haben und nicht, wie die Polizei angibt, vom Volkssaus auf den Heberall auf die Polizei organisierten. Die Gelsenkirchener Parteileitung der RSD betont auf das entscheidende, daß die Kommunisten mit dem individuellen Terror nicht irgend etwas gemacht haben.

Streikrückungen der Magdeburger Metallarbeiter

Am 27. Oktober tagten die Betriebsversammlungen der größten Metallbetriebe Magdeburgs, die von der NSD einberufen wurden. Aus der Diskussion kam das ungedeckte Elend der Magdeburger Metallarbeiter zum Ausdruck, die mit 15 und 20 Mark die Woche nach Hause gehen müssen. In allen Versammlungen zeigte sich der entschlossene Wille, jeden Streik, die Forderungen nicht weiter abzubauen, mit dem Streik zu beenden. Es wurde die Bildung von Kampfausschüssen beschlossen.

Auflauf zu den Hessenwahlen

(Via. Meld.) Offenbach a. M., 27. Oktober.
Als Aufruf zu den Wahlen in Hessen hat die RSD zu einer Kundgebung in Offenbach a. M. aufgerufen, die sich zu einer gemäßigten Aufruf der roten Einheitsfront gehalten. Über 12.000 Arbeiter versammelten sich auf dem Wilhelmplatz in Offenbach. Unter stürmischem Beifall kompromittierte der Spitzenführer der Kommunistischen Mitte, Genosse Keil, die Kampfordernungen der RSD. Seine Rede wurde von Heßler und Transparenten geschmückt. Heßler wurde von Heßler und Transparenten geschmückt. Die Kundgebung ist ein wichtiger Auftakt für den Wahlkampf der RSD in Hessen.

Brotpreiserhöhung in Breslau

Die Bäder und Brotbäcker in Breslau haben ab Montag, den 28. Oktober, den Brotpreis um einen Pfennig pro Pfund erhöht. Angeblich soll der Anstieher geistlichen Gegenpreises den Anlaß zu diesem Brotwucher gegeben haben.

Hausdurchsuchungen in Jena

In Jena hat die Kriminalpolizei am 24. Oktober bei zahlreichen Mitgliedern der RSD und deren Angehörigen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Als Ursache wurde „Verbreitung eines

Rund um den Erbe

Eine Kloake der „besseren“ Gesellschaft

Sittenstandal in Stuttgart

Siebzehnjährige entführt und mißbraucht — Jugendamt verweigert Eingreifen

Stuttgart, 29. Oktober. Kürzlich fand vor dem Stuttgarter Amtsgericht ein Prozeß unter Auspruch der Öffentlichkeit statt, der einen ungeheuren Skandal in jenen Kreisen ans Licht zog, die sich zu den sogenannten „besseren“ Kreisen rechnen. Der Stuttgarter Ballonführer Cutina hat seine Wohnung Lenten mit „hochstehenden“ Namen, wie eiblich in der Gerichtsverhandlung bekannt wurde, für sexuelle Ergien jahrelang zur Verfügung gestellt. Er wurde deshalb wegen fortgesetzter schwerer Kuppelei zu der lächerlich geringen Strafe von 150 Mark verurteilt.

Mit diesem aufsehenerregenden Prozeß kam die Ungeheuerlichkeit zur Kenntnis der Öffentlichkeit, daß Herr Cuting dort einige Jahre ein junges Mädchen mit seiner Mutter aufgenommen und diese heute erst zwanzigjährige verführt hat. Er hat es nicht nur selbst mißbraucht, sondern auch seine „Freunde“ verdingen ließ an diesem Mädchen.

Ein „Rekord-Kuppeleibetrieb“

Was ging in der Wohnung dieses noblen Herrn Cutig vor? Nun, selbst der Staatsanwalt war gezwungen einzugehen, daß ein solcher Kuppeleibetrieb, wie er dort geriecht hat, für Stuttgart einen „Rekord“ darstellt. In der Wohnung gingen viele Wohlhabende ein und aus. Sie brachten ihre Töchterinnen mit, oder ließen sich auch von Mädchen, die in der Wohnung eingeführt wurden, bedienen. Teilweise belohnte sie sogar die Schüssel zu der Wohnung, um auch in Abwesenheit des Angeklagten ihre Orgien feiern zu können. Mit der Zeit wurde ein recht lebhafter Betrieb dort aufgemacht. Duzende junger Mädchen wurden in der Wohnung mißbraucht. Auch das junge Mädchen, das mit 17 Jahren dem Vater entführt wurde, mußte dieses Los ertragen.

Dem Jugendamt gegenüber wurde angegeben, daß der Aufsichtlicher der Mutter und der Tochter „Schuß“ gewahren

Blutiges Familiendrama in Zimterwalde

Fünf Todesopfer

Zimterwalde, 29. Oktober. In der Wohnung des Kassierers Reisel in Zimterwalde in der Niederlausitz wurden am Donnerstagmorgen sämtliche fünf Familienmitglieder tot in ihren Betten aufgefunden. Das schwere Verbrechen wurde von dem Vater, dem Kassierer Richard Reisel begangen, der sich nach der Tat ebenfalls erschossen hat.

Die Verwaltung der Ortskrankenkasse, bei der Reisel angestellt war, erklärt, daß sich der Kassierer keinerlei Unregelmäßigkeiten habe zuhanden kommen lassen, und daß sie selber auch angeblich keinerlei Anhaltspunkte für eine Erklärung der grauenhaften Tat besitzt.

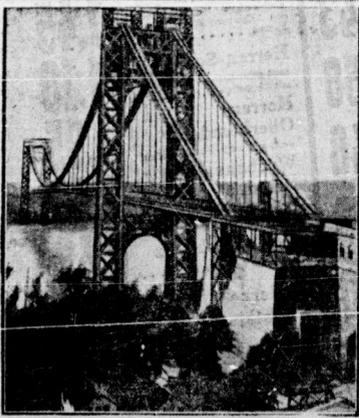
Im Nebel gegen den Zug gerast

Vier Todesopfer

Troppau, 29. Oktober. Bei dichtem Nebel stieß am Mittwoch auf der Strecke Troppau-Komorau ein Auto aus Troppau mit einem Personenzug zusammen. Die fünf Anwesenden des Kraftwagens wurden alle schwer verletzt. Vier von ihnen sind nachts im Krankenhaus gestorben. Nach der fünften dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

24 Verletzte bei einem Zugunfall

Am Mittwoch gegen 2 Uhr fuhr in Zwenkau ein aus Leipzig kommender Personenzug auf eine Wagengruppe auf. Dabei wurden 24 Personen verletzt.



Die größte Hängebrücke der Welt

ist jetzt in Amerika fertiggestellt und eingeweiht worden: die „George-Washington-Gedächtnis-Brücke“ über den Hudson von Riverside nach Newerwick bei Newark

moße. Der Verkehr mit diesem Mädchen bestand in abscheulichen Verwerflichkeiten. Dabei wurde das Mädchen geschlechtlich auf das schlimmste gefoltert. Es stellt sich nämlich jetzt heraus, daß zwei der Aerie, die dort die zahlreichen jungen Mädchen mißbrauchten, jüdische Rassen waren. Die Vorgänge spielten sich in einem bestimmten Zimmer ab. Um dieselben von außen beobachten zu können, waren eigens für diesen Zweck achtzig Gucklöcher vorhanden.

Eine besondere Beleuchtung erhält dieser Skandal durch die Tatsache, daß die Stuttgarter kommunizistische Kathausfraktion bereits vor zwei Jahren beim Jugendamt die Forderung erhoben hat, das Mädchen dem Vater, der alles

Wieder erregte Zwischenfälle im Lübecker Kindermordprozeß

„Ich mache nicht mehr mit!“

keine Zeugenbeeinflussung — Rechtsanwalt Dr. Wittner protestiert gegen die Prozeßführung

Lübeck, 29. Oktober. Am 14. Tage der Verhandlung des Lübecker Kindermordprozesses berichtigte der Vorsitzende zunächst einige Äußerungen, die bei der Laboratoriumsbesichtigung gefallen und falsch in die Öffentlichkeit gekommen seien. Während der Zeugenvernehmung gab die Schwester Hermann, die Vorsitzende des Behammbereits, die Erklärung ab, daß der Vorsitzende der Lübecker Elternschaft, Oberingenieur Vangelis, während der Hauptverhandlung bei ihr angerufen und „40 Minuten auf sie eingewartet“ habe.

Diese Äußerung rief lebhaftest Erregung im Gerichtssaal hervor. Der Oberstaatsanwalt erhob sich sofort und fragte, ob Vangelis die Schwester zu beeinflussen versucht habe. Auf Grund der Wichtigkeit dieser Angelegenheit hat das Gericht protokolllarische Feststellungen. Im Anschluß an die Protokollierung fragte Oberstaatsanwalt Dr. Vienne die Schwester, ob Vangelis sie zu einer falschen Aussage unter Eid beeinflussen wollte, was die Jugen nicht beurnelt.

In der Erregung, die der Zwischenfall ausgelöst hatte, war eine Frage des Vertreters der Nebenkläger, Rechtsanwalt

mögliche tat, um es wieder in seine Obhut zu bekommen, sprechen. Das Jugendamt jedoch erklärte:

„Es ist nichts Nachtelliges über Herrn Cuting bekannt. Alle Vermutungen des Vaters wurden in den Wochenschriften, denn es handelt sich ja um „angelegene“ Kinder, die dieses Kind „betreten“. Erst jetzt, als ein freies Freund des Herrn Cuting mit diesem in Feindschaft riet, kam die Sache endlich zum Vagen.

Der Angeklagte hatte natürlich vor dem Gericht „Ahnung“ von den Vorgängen in seiner eigenen Wohnung, daß sonst solches „niemals gebildet“. Aber sein einziger Freund besugte alles unter Eid. Vor Gericht stießen die jetzigen Feinde die größten Drohungen gegenüber aus. Wer weiß, vielleicht wird nach diesem Prozeß noch andere an die Öffentlichkeit kommen.

Immer die alte Geschichte. Handelt es sich um Angehörige der „besseren“ Gesellschaft, mag kein Jugendamt — hier Hamburger Skandal des Millionärs Binsens — einzugreifen. Wirbt aber mal ein verhungertes Proletariatlerunge die Schwere ein oder „verirrt“ mal ein junges Arbeitermädchen eine „Jugendwaise“, daß dann kommen die milden Feinde des Jugendamts angeheult, um den „Sünder“ oder die „Berührin“ in die Zwangsversteigerungshölle zu sperren.

Dr. Wittner, angeblich untergegangen. Er hat die Frage gestellt, was die Schwester innerlich Herrn Reisel nach der Geburt seines Kindes über das Mittel gesagt hat. Rechtsanwalt Wittner verlangte jetzt, daß auch die Schwester protokolllarisch aufgenommen wird. Überprüfungen dagegen erhob, sprang Wittner sehr erregt auf, daß die Anwälte sehr herunter und erklärte:

„Ich mache nicht mehr mit! Ich habe keine Lust mehr, in diesem Prozeß noch mitzuarbeiten.“

Das Gericht beschloß schließlich, auch diese Aussage der Schwester zu protokollieren, und zwar in folgendem Sinne: Die Schwester Gertrud Hoffmann hat damals dem Oberingenieur Vangelis gesagt, daß sie sich um ein unglückliches Mädchen kümmere. Genau kann sie sich an das Gespräch bei der Verbindung nicht mehr entsinnen. Sie ist aber auch heute noch überzeugt, daß sie allen Eltern gesagt habe, es handele sich um unglückliche Bastarden. Bei dem Telefongespräch mit Oberingenieur Vangelis habe dieser sie noch einmal gefragt, wie ihm damals gesagt habe. Sie habe damals erwidert, daß sie sich gar nicht genau entsinnen könne, aber jedenfalls könne man sagen, daß es sich um unglückliche Bastarden handelte.

Ans Naturwissenschaft und Heilkunde Krankheit als Geschäft

Niederträchtige Profitmanöver des volksfeindlichen Medizinkapitals

Wieder einmal ist es zu einem Skandal auf dem großen Gebiete der Heilkunde in Deutschland gekommen, wieder einmal steht hinter diesem Skandal die chemisch-pharmazeutische Großindustrie, wieder einmal werden deren Diener neuerliche Skandal, das „Insulin“ ist, auf dem heutigen Markt, hat sich in kurzer Zeit zur Bekämpfung der Zuckerkrankheit bewährt wie keine andere der bisher angewandten Methoden. Genommen aus dem Extrakt bestimmter Teile der Bauchspeicheldrüse, den von ihrem Entdecker als „Insulin“ bezeichneten Körperchen, wird es dem Kranken in Form von Einspritzungen unter die Haut übermitteln. Diese kleinen Insulin in der Bauchspeicheldrüse sondern einen Stoff, ein Hormon ab, der die Verdaulichung von Zucker und zuckerbildenden Substanzen, ihre Abgabemöglichkeit für den menschlichen Körper regulieren.

Das künstlich aus Tierkörpern gewonnene und den Menschen beigebrachte Insulin füllt die durch die Erkrankung der Bauchspeicheldrüse entstandene Lücke der Ausfallserscheinungen wieder aus. In Verbindung mit einer zucker- und kohlenhydratreichen Nahrung bleibt der Kranke bei dauernder Insulinzufuhr arbeitsfähig und ohne die sonst sehr schweren Krankheitserscheinungen. Dies bedeutet in bodenständigem Ausdruck, Zucker, vor allem an den Verdauungsorganen, Schilddrüse, Niere und Nervenendorganen, schließlich in Cholesterin- und Bismutlöslichkeit. Der unbehandelte Zuckerkrank mit meist bei Zustand der Vermögenslosigkeit nicht überleben, der er geht an einer der häufig hinführenden Infektionskrankheiten, die den geschwächten Körper befallen, zugrunde. Besonders gefährlich als Komplikationen des Diabetes (Zuckerkrankheit) ist die zystische Leber, der Brand und die Nephritis (Nierenentzündung) im Auge. Häufig enden gerade diese Krankheiten tödlich.

Die Zuckerkrankheit und alle ihre gefährlichen Folgeerkrankungen sind seit der Erfindung des Insulins zu einem großen Teil überwunden.

Zwar kann man auch heute noch nicht den Diabetes heilen, jedoch kann man den Kranken von allen gefährlichen und lästigen Krankheitserscheinungen befreien, ihm Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude zurückgeben. Was alles soll nun nach dem Willen der chemischen Industrie für die proletarischen Kranken noch weiter eingeleitet werden, als dies schon der Fall ist. Sträubt sich doch schon heute die

Mehrzahl der Krankenfällen vor der Vermehrung einer Insulininjektur und machen sie von der Zustimmung des ihnen eingehenden Vertrauensarztes, der diktorische Vollmacht ab, abhängig.

Drei Prophythänen streiten sich um die Beute

Wieder haben im wesentlichen drei große chemische Firmen den Insulinmarkt beherrscht. Die eine davon heizte die Umkehr von Jahr zu Jahr einisch dadurch, daß sie das Insulin zum hohen Preise lieferte. Die beiden anderen Firmen, die mit einigen Feinern zu einem Kartell zusammengefaßt sind, veränderten zunächst den unheimlichen Außenleiter ebenfalls in das Kartell hineinzuweisen, um die Preise für das Insulin auf der alten Höhe zu halten. (Gegenwärtig liegt 100 Einheiten Insulin, also der Tagesbedarf eines Schwerkranken bei den Kartellfirmen 2,80 bis 3 Mark, bei der Konkurrenz dagegen nur 1,50 Mark.) Die Firma lehnte das Angebot ab, die anderen Jäger ihre schönen Beute sich immer weiter zu ringern. Kurz entschlossen legten sie plötzlich ihre Beute nieder, um sie vorher immer behauptet hatten, sie seien los geworden, doch nur ein „ausgeringer Gewinn“ herauskomme, um die Hälfte herab, um die Konkurrenzfirmen zu unterwerfen. Mit dem Dumping dieser Kompromisse soll nun der unheimliche Außenleiter fast gänzlich und ruiniert werden. Die Kranken ergibt sich also augenblicklich die Situation, daß die Heilmittel gegenwärtig zu so niedrigen Preisen freigegeben werden können. Bis die Konkurrenzfirmen, mir zu geworden, sich bei Sandfaher anschließen und dann die Beute ins Weltmaßliche hinauszuziehen werden.

Die Kriegskosten bezaht der kranke Proletariat

Auch dieser Kampf der chemischen Industrie, für die nicht der Gesichtspunkt maßgebend ist, wie man unglücklich Schwerkranke heilen könnte, sondern die den Kranken und seine Krankheit nur unter dem Gesichtspunkte des Geschäftserfolgs, wie im kapitalistischen Staat mit einer weiteren Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse, ist der Proletariat erben. Schließlich die Sozialisierung des Heilmittels, die Vergrößerung der Verwirklichung der chemischen Industrie, wie sie in der Sowjetunion durchgeführt wurde, auch hier eine Wende bringen. (Dr. G.)

Verantwortl.: Wilhelm Pantow, Berlin

Handwritten text in the right margin, including words like "Japan", "Krieg", "Proletariat", and "Wende".

Reichskomitee der RGO gegen Wirtschaftsbeitrag

Einheitsfront gegen Arbeitsgemeinschaft Arbeiter, Angeestellte, Gewerkschaftskollegen!

Die Lohn- und Unterliehungsabbaupolitik hat sich nach der letzten Reichstagswahl mit noch größerer Wucht entfaltete. Die Unternehmerrangiererei, die volle Sanktion. Nun...

Se mehr der Lohn abgebaut wurde, je mehr Arbeitslose ins Land getrieben werden, um so höher und härter wiederholten sich die Unternehmerrangiererei. Einigung lagte im Reichstag:

Die Senkung des Lebensstandards der breiten Klasse mußte in Clappern erfolgen, um die Einheitsfront der Arbeiter nicht entstehen zu lassen und ein größerer Streiks zu verhüten. Die Verhinderung der...

Die Tagung der Hindenburg-Arbeitsgemeinschaft und der Nationalen Opposition in Hamburg dienen derselben Sache, der völligen Verklammerung der Arbeiterklasse. Die Arbeitsgemeinschaft...

Nicht Arbeitsgemeinschaft, sondern Klassenkampf verlangen die Arbeiter und Mitglieder der Gewerkschaften. Nebenamt, wenn die Arbeitsgemeinschaften sozialen Unternehmern und Gewerkschaftsführern gebildet wurde, wurden die Arbeiter das Opfer...

Die neue Arbeitsgemeinschaft ist da. Unter der Führung von Hindenburg ist ein Wirtschaftsbund ein- gerichtet worden. In ihm sitzen 19 Unternehmerrangiererei neben 6 Gewerkschaftsführern, darunter Graßmann und Eggert vom RGO. Dieser Wirtschaftsbund hat seine andere Aufgabe, als die besten Methoden zum Lohnabbau und Unterliehungsanstreben der Regierung vorzuschlagen, die dann von dieser durchzusetzen durchgeföhrt werden. Die Schürmaacher wollen nicht nur Zulieferung der Weingewinnpolitik im Reichstag, sie brauchen die Herrlichkeit und Demagogie der reaktionären Gewerkschaftsführer, um mit deren Rat und deren Tat ihre Offensiven besser durchführen zu können.

Die Zulieferung der Unternehmer und des Lohnabbaus wird von der Front der Gewerkschaftsführer durch die Arbeitsgemeinschaft durchgeföhrt.

Wenn der Arbeiter seinen Lohn verteidigen will, erklärt man keinen Streik für unangelegen und die reaktionären Führer der Gewerkschaften organisieren den Streikbruch.

So war es bei den Gemeindeführern, so bei den Gewerkschaften, so bei den Seeleuten, denen man während ihrer Abwesenheit von den Heimathafen den Lohn um 35 Prozent senkte, wurden, weil sie dagegen streikten, als Meuterer erklärt. Das Sondergericht von Völspernan arbeitet unter dem Beistand der reaktionären Gewerkschaftsführer in drei Schichten, um die „Meuterer“ in die Kerker zu werfen.

So werden in der „demokratischen Republik“ mit Unterstützung der Führer der Sozialdemokratie und der reaktionären Gewerkschaften die Arbeiter zu rechtlosen Sklaven gemacht

und in immer tieferes Elend gestochen. Freiwillig bieten sich die Gewerkschaftsführer zum Lohnabbau an, wenn sie das in Mansfeld getan haben. Ist es ein Wunder, wenn die Bourgeoisie glaubt, jetzt die Bahn frei zu haben für die Zulieferhaltung ihres durch Minderlichkeit und Krise bis in das Wart getrossenen Wirtschaftssystems?

Arbeiter, Angeestellte, Gewerkschaftskollegen! Wollt ihr wirklich weiter die wehrlosen Opfer einer solchen, die Arbeiterklasse in Not und Tod treibenden Politik bleiben? Wollt euch von niemandem erklären, es gäbe keine Möglichkeit, jetzt dieser Not zu entrinnen. In euren Händen liegt euer Schicksal! Ohne die Arbeit eurer Hände und eurer Köpfe kann keine Gesellschaft existieren.

Nicht die Hand die Stärklichen, die den Gehlsack und die Unterstützung der Sozialverräther belegen. Viel härter ist die Arbeiterklasse.

Weißenseiler Gemeindeführer mobilisieren

N.A. Die Weißenseiler Gemeindeführer nahmen in einer Delegationsversammlung, die von 35 Kollegen besucht war, Stellung zum bevorstehenden neuen Lohnabbau. Alle Kollegen brachten zum Ausdruck, daß ein Lohnabbau nicht zu ertragen sei und daß er auch nicht kamplos angenommen wurde. Einmütig wurde eine Entschiedenheit angenommen, die zum Ausdruck bringt, daß alle Kräfte zur Mobilisierung der Gemeindeführer angefaßt werden müßten. Ein Kampfausschuß bestehend aus sieben Kollegen, wurde gewählt, des weiteren zwei Delegierte zur Gemeindeführerkonferenz nach Halle.

Die Arbeiter sind die unentbehrliche, die zahlreichste Klasse. Ihr leidet zum siegreichen Kampf nur die Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes. Das Beispiel der Arbeitsgemeinschaften in der Somajonou zeigt den Weg, der zu Brot, Arbeit und Freiheit, zum Sozialismus führt.

Die Bildung der Einheitsfront

aller Ausgebeuteten in Werkstatt, Kantor und Stempelstelle, die Einheitsfront aller Unterdrückten in Stadt und Land für die elementarsten Lebensbedürfnisse, für Brot und Arbeit, gegen Not und Faschismus muß als erste aller unserer Aufgaben stehen. Es gibt keinen Klassenkampf aus dem Elend an der Seite der Unterdrückten. Es gibt nur den Kampf aus Not und Elend durch den gemeinsamen Kampf der Unterdrückten gegen die Unternehmer.

Wütten im Unternehmerrangiererei auf eure Geiseln rufen wir euch zu:

- Folgt den Parolen der RGO: Vereintigt euch im Betrieb und auf den Stempelstellen zum gemeinsamen Kampf! Bildet überall Kampfausschüsse! Haltet einander größte Solidarität! Keinen Fleißigen Lohn- und Unterliehungsraub! Gegen die euch verfluchende Notverordnungspolitik! Gegen den Faschismus! Die kämpfende Einheitsfront aller Werktätigen unter der Führung der RGO gegen die Arbeitsgemeinschaft unter der Führung des Weingewinn-Systems, das ist unsere Lösung! Mit ihr merdet ihr siegen! Berlin, den 28. Oktober 1931.

Reichskomitee der RGO

„Bruch & Co.“, Stahlwert Frankleben

N.A. Die Kollegen des Stahlwertes Frankleben warten nachdenklich auf ihren Lohn. Eine ganze Reihe Kollegen sind bereits entlassen, weil sie sich dem Unternehmerrangiererei nicht fügten. Der Unternehmer wünscht, daß alles zu Tariflöhnen arbeitet, aber im Winter und daß das Geld nur ratenweise ausgezahlt wird, weil es der Betrieb nicht anders ertragen kann!

Der Währungsplan, der den Kollegen gestellt wurde, reichte kaum einen Tag zum Leben. Die Belegschaft mußte ganz gemächlich. Man muß die erregte Stimmung beruhigen durch verschiedene Mittelchen. Gimmal werden die Kollegen mit dem Auto bis vor die Wohnung gefahren, neuerdings wurde der Wertelohnung ein Kartoffelangebot gemacht, den Jentner 1.50 Mark! Da tut man noch so, als ob man den Kollegen dabei etwas spendet! Die Wertelohnung läßt auch hin und wieder einmal einen Arbeiter ein paar Schellen in die Wohnung fahren, natürlich nur solchen, die vom Werk noch allerhand Lohn zu beanspruchen haben. Wenn die Verhältnisse weiter so schleifen, dann werden die Stahlwertproleten noch für ein Butterbrot arbeiten. Dann sollte sich hauptsächlich der Reformist Jänger etwas umtun und eine Guldschlanone für das Werk erschaffen. Wir bittern hoch erklären einige Kollegen: Wenn das Werk die Löhne nicht mehr zahlen kann, dann soll es wenigstens eine Erbsenluppe liefern oder einen Vöfel Reis...

Die Belegschaft soll sich wieder einmal um dreißig Mann verringert werden. Anfang dieser Woche werden die ersten 10 Mann entlassen, die anderen sollen am Ende der Woche rausgeschmissen werden!

Unter den jetzt Entlassenen befinden sich einige, die von sich aus aufhörten, um volle Erwerbslosenunterstützung zu bekommen und nicht im Betriebe zu verhungern infolge der schlechten Entlohnung. Unter diesen Selbsttauhären befindet sich der reformistische Strategie Stellmacher, der nach Feierabend ins Wert schloß und für sich selbst Geld verlangte. Die anderen Kollegen kimmerten ihm wenig, hatt als Betriebsratsobmann zu sorgen, daß alle Geld bekamen! Auch stellte er die Frage „Kampf“ stets in den Hintergrund. Er hörte selbst auf, um ja nicht mit der Direktion in Streit zu geraten. Er heißt auf Später!

Schimmer-Proleten, kämpft gegen alle diese unwürdigen Zustände. Ihr leidet, daß ihr von der Sozialdemokratie verlassen seid. Leuhagen läßt sich nicht mehr lehen, seitdem er weiß, daß ihr ihn erkannt habt. Sinein in die RGO! Mobilisiert zum Kampfe gegen die Entlassungen und weitere Verdrängungen, fordert die restlose und sofortige Auszahlung eures Lohnes. Die Entlassungen erfolgen nur als Druckmittel zu weiterem Lohnabbau an der gesamten Metallarbeiterschaft!

Metall!

Morgen Sonnabend, den 31. Oktober, 20 Uhr, im Büro der RGO, Wagdeburger Str. 60, Delegiertenkonferenz für Halle und Saalkreis. Alle Betriebsräte, alle Delegierten, alle Funktionäre haben zu erscheinen. RGO, Industriegruppe Metall.

Schon beim ersten Zug erkennen Sie, warum

JOSETTI JUNO

Deutschlands meistgerauchte Cigarette %M. ist.

6 STÜCK 20 & VOLLE GARANTIE FÜR UNVERÄNDERTE GÜTE UND GRÖSSE



Die Frau eines Gemeindearbeiters weint ...

als nach dem Leben der Gemeindearbeiter - Gespräche mit den Frauen der holländischen Gemeindeproleten in Trotha und Altstadt - Ein weiterer Lohnabbau kann nicht geduldet werden

Wir haben einen unserer Arbeiterkorrespondenten - es war eine Frau - beauftragt, uns eine Reportage über das Leben der Gemeindearbeiter zu schreiben. Unser Reporter sollte einmal durch die Häuser der Gemeindearbeiter gehen und mit ihnen sprechen, wie sie und ihre Familien leben. Er sollte in die Hände der Frauen greifen, die sich um die Familien kümmern, ob sie die Frage beantworten, ob die Gemeindearbeiter überhaupt noch in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Unter roten Reportern hat nur der Wirtstag durchgehend berichtet aus:

Nur dreizehn Mark ...

Sch bin in den Wohnungen mehrerer Straßenbühnen in Halle gewesen. Die Frauen der Kollegen haben mir bereitwillig Auskunft auf alle gestellten Fragen. Zuerst gab ich mich nach der Gemeindefeststellung im Südwesten der Stadt. Es war mir nicht schwer, die Wohnung eines Straßenbühnenarbeiters zu finden. Die Frau des Kollegen forderte mich auf: „Nennen Sie mir herein, ich will Ihnen gern alles erzählen.“

„In mir todeschön!“

Der Mann des „Müllentamms“, das Leben der Straßenbühnen, die für einen Hungerlohn in Halle und Hitz, den ganzen Tag arbeiten, um merkwürdigen Dienst zu verrichten, der die Möglichkeit vor Augen zu führen, falls Verhältnisse, die Frau zeigte mir ihre Küche. Immer und immer wieder wurde die Küche gestrippt und doch lag sie wie ein Sieb. Es sah kein Wasser mehr.

„Wenn wir nicht ganz ohne Hand herumtauschen wollen, müssen wir jetzt jede Woche ein neues Kleid von dem wenigsten Lohn annehmen“, sagte die Frau. Unsere Miete von fast 60 Mark monatlich für die „geputzte Arbeiterwohnung“ können wir nicht mehr aufbringen.

Wir gingen gemeinsam an die Auffüllung eines Haushaltsplans. Nachdem das Ergebnis unserer Feststellungen: Der Straßenbühnenführer ist in der „schlaffen“ Woche, keine Kinder zu belegen. Sein wöchentliches Nettoeinkommen beträgt 33 Mark. Die monatliche Wohnungsmiete verdrängt 58,20 Mark. Beim Bezug der Wohnung wurde der Kollege gezwungen, 610 Mark Baupfand zu zahlen.

Die Höhe der Miete für die aus nur einer Stube, einer Kammer und einer Küche bestehende Wohnung und der enorme Baupfandzuschuss illustrieren den Erfolg der „freigewerkschaftlichen“ Streikpolitik.

Diese Wohnungen können nur des Gewerkschaftsangehörigen bezogen werden, nicht aber von den Gemeindefeststellungsmitgliedern und den sonstigen Arbeitern, für die sie ursprünglich hergestellt wurden. Beim Bezug der Wohnung betrug die Monatsmiete 51 Mark und der Wochenlohn 45 Mark. Damals gab es das Ehepaar, die Miete aufbringen zu können. Jetzt hat dem abgehauten Lohn und zur selben Zeit erhöhten Miete ist es ein Ding der Unmöglichkeit. Das Ehepaar trachtet bereits längere Zeit danach, die Wohnung gegen eine billigere tauschen zu können. Doch ist es sehr schwer, eine kleine billige und gesunde Wohnung zu finden und ebenso schwer, einen neuen Mieter für die jetzige Wohnung, der doch auch den Baupfandzuschuss bezahlen müsste, zu bekommen.

Die wöchentlichen Ausgaben des Ehepaares betragen:

| | |
|---------------------------------------|-----------------|
| Für Miete zurücklegen | 15.- M. |
| Gas und Licht | 1.50 - |
| Kohle (1 Zentner) | 1.40 - |
| Beitrag für Partei und KKD | -.80 - |
| Abonnement des „Mitteldeutschen Echo“ | -.13 - |
| Beitrag für den Berufsvereinsrat | -.60 - |
| Feuerversicherung | -.50 - |
| Radio | -.50 - |
| Summa: | 19.92 M. |

Es verbleiben somit 13 Mark, von denen holländische Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Wäsche, Schuhbekleidung usw. bestritten werden müssen.

Zugemerkte Ausgaben für Tabak, Bier, Theater, Kino, Bücher usw. können nicht gemacht werden und trotzdem kann das Ehepaar von den 13 Mark nicht leben. So verläßt es denn durch verdrängende Arbeiten einen Nebenverdienst zu erzielen. Es werden Kanarienvogel gequält, Sinker in Fliegen genommen, geschneidert und das einzige Zimmer der Wohnung vermiert.

Und nun soll der Lohn von 33 Mark noch weiter gekürzt werden.

Schmiedet die Waffen!

Zur Delegiertenkonferenz der mitteldeutschen Gemeindearbeiter am 1. November in Halle

Die sozialdemokratischen Gemeindefeststellungsleiter und die sozialdemokratischen Führer des kommunistischen Reichsangehörigen Gewerkschaftsbundes haben im Auftrag durch freie Vereinbarung der Gemeindearbeiter 4 Prozent ihres Lohnes, sowie die Frauenzulage annehmen! Damals schrieb das „Volkswort“, daß mit diesem Lohnabbau die Rotterdamer von 5. Juni „abgelehnt“ sei. Mit Billigung der SPD-Führer erhoben am 6. Oktober die neue Rotterdamer von der Ständige Regierung und die Leitung des kommunalen Reichsarbeitgeberverbandes stellte unter Berufung auf die Rotterdamer gegen ungeheuerliche Forderungen. Bei den Verhandlungen, die am 21. Oktober begannen, forderte der Arbeitgeberverband einen Abbau aller Löhne um 9 Prozent und die Beilegung der Zulage für ein Kind. Weiter wird die Beilegung der Lohnzuschläge für bei längerer Arbeitszeit gefordert und die Arbeitserträge sollen mit monatlicher Arbeit fähig sein. Damit soll für alle Gemeindearbeiter die sogenannte Wertschöpfung aus oft als abgelehnt erklärt werden.



Wir schaffen's!

Die Verhandlungen werden noch immer fortgesetzt. Die sozialdemokratischen Gemeindefeststellungsleiter versuchen natürlich, ihren Einfluß auf die Gemeindearbeiter zu erhalten, indem sie so tun, als ob sie gegen den neuen Lohnabbau seien. In Wirklichkeit wird wieder hinter den Kulissen das lächerliche Spiel getrieben, daß die sozialdemokratischen Gemeindefeststellungsleiter mit der Leitung des kommunalen Reichsarbeitgeberverbandes gemeinsam beraten (!), wie man am besten ohne großen Widerstand den Lohnabbau durchzuführen könne!

Daß die sozialdemokratischen Führer bewußt auf immer neuen Lohnabbau hinarbeiten, beweist schon die Tatsache, daß die SPD-Führer jeder Rotterdamer Bewegung der Meinungsbildung zustimmen haben, daß sie jedesmal die Aufhebung dieser Rotterdamer verbindlichen und daß die SPD-Führer im Vorstand des Deutschen Städtebundes führend bei der Durchführung des Lohnprogrammes sind.

Die Zeitgeist dieser Streikbewegungen wird aber unmerklich gemacht, wenn sich die Gemeindearbeiter angesichts der höchsten Not sich in jedem Betrieb zu einer gemeinsamen Front zusammenschließen und geloben, keinen weiteren Lohnabbau zu dulden.

Nur der entschlossene Kampf kann den weiteren Lohnabbau verhindern. Die Gemeindearbeiter müssen auch den Kampf des Mitteldeutschen Gemeindearbeiterverbandes unterstützen, damit die Situation überhaupt nicht, damit die Mobilisierung zum Kampfe nicht erfolgen kann. Die notwendige reformistische Verbundbürokratie ist im Besitz sehr schwebeligen geworden.

Die Kampferfahrungen und Konflikte haben sich empfindlich niedergelassen in den Versammlungen der Gemeindearbeiter, die sich in den Reihen kleiner neutraler Freunde und Gegner Oppositionsrichtungen festhalten. Die Gemeindearbeiter wollen die Einheit. In der Frage des Lohnabbaus sind sie alle „unter einen Hut“ zu bringen. Nur die KPD wird diese Kampfeinheit schaffen, die Kampfeinheit, die sich richten wird gegen die Kommune als die Gewerkschaftsbürokratie. Bessere revolutionäre Arbeit und bessere revolutionäre Arbeit an der internationalistischen Front, das werden die Probleme in allererster Linie sein, die auf der Delegiertenkonferenz der Gemeindearbeiter gestellt werden.

Die Kommunen befinden sich in einer jämmerlichen Finanzlage durch die Reichsregierung, und auch die Finanzpolitik in den Gemeinden, für die die Sozialdemokraten an heterotrophen Stelle verantwortlich sind. Sanierung der Kommunen auf Kosten der Proleten heißt völliges Verleiden der Proleten.

Die lokalen reformistischen Hochburgen in den Gemeindefeststellungen betrieblen zusammen. Die Gemeindearbeiter finden den Weg der roten Einheit, sie folgen dem Kampfbanner der KPD. Wäge die Delegiertenkonferenz der Mittel die zur Generalmobilisierung der Gemeindearbeiter auf der ganzen Linie.

Wöchentlich pro Kind 1.64 Mark

Mein zweiter Besuch galt einem Kollegen, der in einer Arbeiterwohnung wohnte. Wieder ist es die enorme Miete von 60 Mark, die der Mann nun mit seinen Kindern zu bezahlen hat. Wie ich schon sagte, kommen die Arbeiter, die weniger Miete aufzubringen haben, mit ihrem Lohn fertig aus?

Eine Mietstafel im Hinterhof. Ein sehr altes Haus. Der Zug blättert sich ab, wie die Rinde eines Baumes. Die Wohnung eng. In der Küche, in der sich die Familie aufhalten muß, um Feuerung zu kochen, kann man sich kaum setzen. Dort spielen Kinder, Kinder, für die es die ganze Woche 1.64 Mark Zulage gibt.

Der Bürgermeister oder der Herr Direktor der holländischen Werke, könnten Sie für ein Kind von 1.64 Mark die ganze Woche bezahlen?

Miete wöchentlich

| | |
|-------------------------|-----------------|
| Zahlung | 60 M. |
| Partei | -.80 - |
| KDD | -.30 - |
| Feuerbestellungs-Verein | -.20 - |
| Krankenzulage | 1.- |
| Feuerung | 1.50 - |
| Petroleumlicht | -.35 - |
| Summa: | 10.56 M. |

Wird zum Leben für fünf Personen, für Schuhe, Wäsche, Stellung, Schuhe und Bücher, Tabak usw. 25.70 Mark. An den Bundes-Kinno oder ein Glas Bier im Gasthaus kann die Familie nicht denken. Sie ist gezwungen, Schulden zu machen.

Wie wird es nun erst werden, wenn von den 25.70 Mark noch weitere 2.50 Mark gehen werden sollten? Die in der Aufstellung genannten Ausgaben müßten auf jeden Fall bestritten werden. Der Lohnabbau wird sich folger in einer noch weiteren Verschlechterung der Ernährung auswirken. Unterernährte und trankte Kinder wären die Folge ...

Ich komme ins Gespräch und erziele folgende Tatsachen. Der Mann erhält einen Stundenlohn von 76 Pfennige. Die Frau ein halbes Pfennig zu verdienen. Das Ehepaar hat drei Kinder. Die Frau hat 3 Pfennige pro Stunde. Sein wöchentliches Bruttoeinkommen ist 40 Pfennige. Arbeitszeit beträgt 90.25 Mark. Es verbleibt ihm ein Nettoeinkommen von 36.35 Mark.

Wieder gehen wir an die Auffüllung eines Haushaltsplans. Die eierbindenden Ausgaben in einer Woche sind:

Unser Sieg ist unvermeidlich!

Ich gehe in ein anderes Haus. Kopfe, Mann und Frau sind zu Hause. Der Mann gibt mir bereitwillig Auskunft, doch die Frau schweiget. Sie war müde von allem über den vielen Sorgen und Kummer, die sie den ganzen Tag vor Augen hat. An irgendeine Verdrängung durch den Verlust eines Kindes hat sie nicht denken, weil es Gott lobt und Gott hat sie nicht.

Das Geld langt nicht einmal, um die Familie richtig zu ernähren.

Der Mann gibt mir bereitwillig Auskunft - und die Frau schweiget und ... meinte ... Aber auch die Proletarierinnen muß er kennen, daß sie Schwestern und Frauen sind, die noch zu kämpfen haben werden. Nicht mehr nur mit dem, sondern die Hände zusammennehmen und den Kampf des Mannes gegen die Frau und das System unterstützen, die an allem Elend schuld sind. Auch die Arbeiterfrau, die gerade als Mutter das Beste für ihre Kinder will, wird nach einem vorübergehenden Vermittlungsversuch müde Schuster an Schuster mit ihrem Mann kämpfen. Das nun bin ich ebenso fest überzeugt, wie von der Unvermeidlichkeit unseres Sieges.

Zum Leben für die fünfköpfige Familie bleibt ein Betrag von wöchentlich nur 20.06 Mark. Von diesem Betrag muß sich die Familie nicht nur ernähren, sondern auch kleiden und all die vielen Ausgaben bestreiten, die in der Aufzählung nicht besonders erwähnt sind.

Die Höhe der Gemeindearbeiter löhne abgebaut werden. Kann man den abgedrohten Lohnabbau angesichts der oben geschilderten Tatsachen ruhig hinnehmen? Gibt es auch nur einen vernünftigen Menschen, der die Notwendigkeit des Lohnabbaus einleitet? Wollen die Kapitalisten und ihre Helfen die Dinge auf die Spitze treiben? Sie sollen es. Sie sollen aber nicht vergessen, daß schließlich die Proletariat nicht zu verlieren hat, so wie jene Klassen - und eine Welt zu gewinnen.

Für 5 Personen 20 Mark

Mein nächster Besuch galt der Trothaer Siedlung. Den hier wohnenden Gemeindearbeitern muß die Miete und das Geld zum Lohn abgezogen, damit es den Hausbesitzern und der Wohnverwaltung ausreicht ist. Der Abbau beträgt 12 M. pro Woche, und zwar für eine sehr kleine Wohnung. Ich habe eine Straßenbahnfahrerin mit drei Kindern. Wiedermum helfen wir einen Haushaltsplan auf. Dieser lautet:

Gemeindearbeiter, reißt euch ein!

Eure Partei: die Kommunistische Partei - Eure Zeitung: der „Klassenkampf“

Die Kommunistische Partei ist die Führerin der Arbeiterschaft und der gesamten werktätigen Bevölkerung im Kampfe gegen Not und Elend, im Kampfe für den Sozialismus.

Die Kommunistische Partei kann nur Siegen und Erfolge erzielen, wenn die Arbeiter in den Betrieben, die Frauen, die Angestellten, Beamten, das gesamte Volk hinter seiner Partei steht, wenn die fähigen und opferwilligen Sozialisten aktive Mitkämpfer werden.

Die Kommunistische Partei im großen Mitteldeutschland befindet sich zur Zeit in einer großen Werbekampagne. Das hauptsächlichste Ziel dieser Werbekampagne ist, möglichst viele Betriebsarbeiter und Betriebsarbeiterinnen in die Reihen der Partei einzulogieren.

Jeder Betrieb eine rote Hochburg!

Gemeindearbeiter, auch du mußt mitkämpfen, auch deine Kraft wird gebraucht, auch auf dich kommt es an!

Je stärker die kommunistischen Betriebszellen in den Gemeindefeststellungen, je besser diese Betriebszellen im Interesse der Gesamtbeleg-

schaft arbeiten, desto weniger werden die Kommunisten und die fähigen, fähigen und sozialistischen Gewerkschaftsbürokraten die Möglichkeiten haben, die Löhne abzubauen, desto höher der Tag, an dem die Gemeindearbeiter erfolgreich Kampfe für Erhöhung ihrer Hungerlöhne führen werden. Desto höher der Tag, an dem endlich die Gemeindearbeiter die Produktion und die Arbeitsbedingungen bestimmen werden.

Gemeindearbeiter, zögere nicht! Auf die Dauer kommt du bei deinem Hungerlohn nicht mehr leben!

Es gibt nur eine Partei, der du dich anschließen mußt, das ist die Kommunistische Partei. Es gibt nur eine Zeitung, die sich radikalst für deine Interessen einsetzt, das ist der „Klassenkampf“!

Im Verlauf der großen Werbekampagne, die die Kommunistische Partei in Deutschland durchführt, werden mehr als hunderttausend Arbeiter und Werktätige der Partei des feigen Sozialismus betreten.

Auch du mußt dich melden!

ausgehen:

| | |
|---------------|----------------|
| Zahlung | -.80 M. |
| Partei | -.30 - |
| KDD | -.30 - |
| Feuerung | 1.50 - |
| Light und Gas | 1.30 - |
| Summa: | 4.20 M. |

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



